

Signal für die biologische Vielfalt



Der Autor
Prof. Hubert Weiger ist der neue Vorsitzende des BUND.

Mitte Mai lädt Deutschland zu einer UN-Naturschutzkonferenz nach Bonn. Im Vorfeld versucht sich die Bundesregierung als Musterknabe zu präsentieren. Dabei wird der Naturschutz vor allem auf Länderebene systematisch ausgehöhlt.

Rund 5000 Experten und Politiker treffen sich Mitte Mai in Bonn, um unter deutschem Vorsitz Maßnahmen gegen die globale Naturzerstörung zu diskutieren. Diese UN-Naturschutzkonferenz ist die neunte seit Unterzeichnung der »Konvention über die biologische Vielfalt« im Jahre 1992. Die Zeit drängt: Es geht um die Vielfalt des Lebendigen auf dieser Erde. Natur-

schützer aus aller Welt richten hoffnungsvolle Blicke nach Bonn. Und auf den Gastgeber Deutschland.

Doch dessen Naturschutzbilanz ist ernüchternd: Rund 40% der untersuchten Tier- und Pflanzenarten Deutschlands stehen auf der Roten Liste. 72,5% der heimischen Lebensräume sind gefährdet, 14% davon drohen völlig vernichtet zu werden. Vier von fünf Fließgewässern sind deutlich bis vollständig verändert, nur jede fünfte Aue ist natürlich erhalten geblieben, intakte Hochmoore gar zu über 95% verschwunden. Naturnahe Flächen und extensiv genutzte Kulturlandschaften finden sich nur noch auf 8 bis 10% des Bundesgebietes. Wildnisflächen bedecken deutlich unter 1%, Nationalparke gerade einmal 0,54% der Landfläche.

Und wie reagiert die Politik auf diese desolante Lage? Die jüngste Novellierung des Bundesnaturschutzgesetzes im Dezember war ein Kniefall vor Landnutzern und Wirtschaft. Das Gesetz verletzt europäische Standards und schwächt den Schutz selbst hoch bedrohter Arten. Die Schaffung eines »nationalen Naturerbes« aus 125 000 Hektar bundeseigener Flächen schleppt sich seit über zwei Jahren unerledigt dahin. Und im November beschloss der Bundesrat das Vorbildliche Netz europäischer Schutzgebiete (»Natura 2000«) auszuhöhlen, um beispielsweise beim Neubau von Autobahnen weniger Rücksicht nehmen zu müssen. Während also die Bundesregierung auf internationaler Bühne den Musterschüler gibt, sägen die Bundesländer an den Säulen des europäischen Naturschutzrechts. Gleichzeitig demontieren nahezu alle Bundesländer unter dem Deckmantel des »Bürokratieabbaus« den behördlichen Naturschutz personell wie strukturell und kürzen seine Etats drastisch.

Deutschland ist also mitnichten ein Vorbild, sondern ein Musterbeispiel für ungebremste Natur- und Landschaftszerstörung. Nur dort, wo zufällig kein örtlicher Politiker, kein Straßenneubau oder einflussreicher Agrarindustrieller im Wege steht, soll noch Naturschutz möglich sein.

Pünktlich zur Konferenz hat das Bundeskabinett nun eine »Nationale Strategie zur Biologischen Vielfalt« vorgelegt. Hieran zeigt sich die Misere des staatlichen Naturschutzes in Deutschland: Seit Jahrzehnten bekannte, vielfach gesetzlich bereits vorgegebene Ziele und Allgemeinplätze werden erneut als »Vision« beschrieben, die man lediglich »anstrebt«. Nach neuen, konkreten Zielen muss man suchen: Bis 2020 soll sich »für den größten Teil der Rote-Liste-Arten die Gefährdungssituation um eine Stufe verbessern« und »die Natur auf 2% der Fläche wieder nach eigenen Gesetzmäßigkeiten ungestört entwickeln«. Wie das aber zu erreichen ist, dazu findet sich auf den fast 180 Seiten nichts. Anspruchsvollere Ziele wusste unter anderem der Landwirtschaftsminister zu verhindern.

Investitionen statt wohlfeiler Worte

Unser Lebensstil trägt massiv zur weltweiten Naturzerstörung bei. So können wir uns die Haltung von ca. 40 Millionen Rindern und Schweinen – fünfmal schwerer als die deutsche Bevölkerung – nur leisten, weil wir jährlich Millionen Tonnen Soja und andere Futtermittel einführen. Für diesen Ökokolonialismus sterben auch die tropischen Regenwälder, die Herzstücke der globalen Biodiversität. Das Ziel besagter Strategie lautet, dass 2020 »25% der importierten Naturprodukte aus natur- und sozialverträglicher Nutzung stammen«. Nur 25% ... Wenn das die Vorbildwirkung eines der reichsten Länder der Welt ist, so ist das der Todesstoß für die letzten Urwälder, vom Amazonas bis Sibirien.

Das Problem des weltweiten Artensterbens ist ebenso wichtig wie der Klimawandel. Mit unverbindlichen Strategiepapieren ist es nicht zu lösen. In Bonn muss sich Deutschland ohne Wenn und Aber für den Schutz der Artenvielfalt einsetzen, will es glaubwürdig verhandeln. Wohlfeile Worte zum Naturschutz gibt es genug, nun braucht es eine Investitionsoffensive. Das Netz des Lebens, die grüne Infrastruktur dieses Landes, muss uns ebenso viel wert sein wie die Abermilliarden, die in unsere technische Infrastruktur gesteckt wurden.

Ein Signal zur Konferenz wäre die Einrichtung einer Stiftung »Ländlicher Raum und Naturschutz« – mit 490 Millionen Euro aus Bayern und knapp 1 Milliarde Euro aus Bundesmitteln. Allein mit den Zinsen wären alle deutschen Natura 2000-Gebiete bestens zu erhalten. Warum gerade diese Summe? Weil mit exakt so viel Geld Bayern und der Bundesfinanzminister den Münchner Transrapid fördern wollen. Geld derart umzuschichten – das wäre eine wirklich zukunftsfähige Politik im Sinne der Weltnaturschutzkonferenz!